GR Nr. 2007/217

Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

05.09.2007

1043.
Schriftliche Anfrage von Martin Abele, Peider Filli und 16 Mitunterzeichnenden betreffend homophobe Tendenzen, gewalttätige Übergriffe

Am 18. April 2007 reichten die Gemeinderäte Martin Abele (Grüne), Peider Filli (AL) und 16 Mitunterzeichnende folgende Schriftliche Anfrage GR 2007/217 ein:

In jüngster Zeit nehmen die Berichte über Gewaltakte gegen Schwule und von Schwulen besuchte Einrichtungen zu. So wurde Mitte März die Schwulenbar Cranberry von einer Gruppe Jungendlicher mit Flaschen beworfen und eine Fensterscheibe eingeschlagen. Der Geschäftsführer wurde durch einen Faustschlag verletzt. Auch an anonymen Treffpunkten von schwulen Männern kommt es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen gegen Schwule. Ein Mann wurde dabei derart verletzt, dass er im Spital operiert werden musste.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Stadtrat gewalttätige Übergriffe auf Schwule, Lesben und Transsexuelle sowie Gay-Betriebe bekannt? Wie viele derartige Gewalttätigkeiten wurden der Polizei in den letzten fünf Jahren gemeldet? Wir bitten um eine Auflistung gegliederter nach Jahre und unter Angabe der Art des Delikts und allfälliger Verletzungs- und Schadenfolgen.
2. Ist eine Zunahme der homophoben Gewalt festzustellen? Wenn ja, was denkt der Stadtrat, sind die Gründe dafür?
3. Was unternimmt der Stadtrat, um Schwule, Lesben und Transsexuelle vor Angriffen homo- und transphober Kreise zu schützen?
4. Auf welcher Weise wird das Polizeipersonal auf die speziellen Schutzbedürfnisse von Schwulen, Lesben, Transsexuellen sensibilisiert?
5. Gibt es Gespräche, in denen sich die Polizei oder ein anderes städtische Organ regelmässig mit Homosexuellen-Organisationen austauscht, um adäquat auf homophobe Tendenzen reagieren und rechtzeitig präventiv vorsorgen zu können?
6. In Sydney besteht eine lesbischwule Polizeieinheit, welche spezifisch als Ansprechspersonen für Homosexuelle eingesetzt wird. Damit sollen Berührungsängste gegenüber der Polizei abgebaut werden, wodurch insbesondere auch die Hemmschwelle zur Anzeigeerstattung gesenkt wird. Was hält der Stadtrat von der Idee, dieses Modell auch für die Stadt Zürich zu übernehmen?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Kriminalstatistik des Kantons Zürich (KRISTA) erfasst lediglich für die Deliktskategorien Tötungsdelikte, Körperverletzung, Raub und Erpressung spezifisch, ob es sich bei dem Opfer um eine homosexuelle Person handelt. Bei der Erfassung wird auch nicht gezielt nach der sexuellen Ausrichtung gefragt. Vielmehr ergibt sich diese aus Angaben des Opfers gegenüber der Polizei oder aus den Umständen. Es ist somit davon auszugehen, dass eine Dunkelziffer existiert.

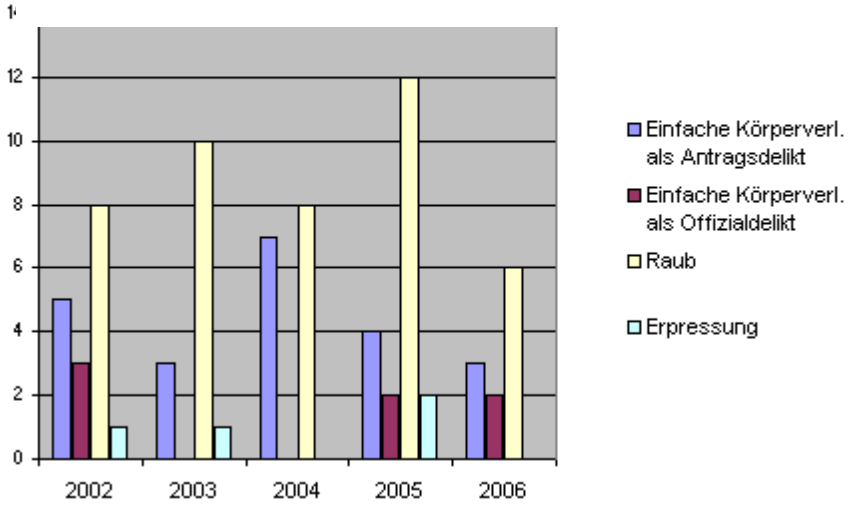
Die Auswertung der vorhandenen Zahlen seit 2002 ergibt, dass sich der Anteil homosexueller Opfer bei Null oder im kleinen, einstelligen Prozentbereich bewegt. Bei allen Deliktsarten verlaufen die Fallzahlen in schwachen Wellenbewegungen mit einem leichten Rückgang von 2005 auf 2006. Eine Zunahme homophober Gewalt lässt sich aufgrund der verfügbaren Daten nicht feststellen.

Verletzungs- und Schadensfolgen, so weit im Einzelfall überhaupt bekannt, sind Bestandteile von einzelnen Tatbestandsrapporten und lassen sich deshalb nicht mit vertretbarem Aufwand statistisch auswerten.

	2002	davon H.	2003	davon H.	2004	davon H.	2005	davon H.	2006	davon H.
Tötungsdelikte	21	0	24	0	25	0	27	0	21	0
Schwere Körperverl.	59	0	74	0	51	0	65	0	57	0
Einfache Körper-verl. als Antragsdelikt	742	5	770	3	840	7	749	4	763	3
Einfache Körper-verl. als Offizialdelikt	129	3	105	0	216	0	232	2	194	2
Raub	594	8	757	10	924	8	713	12	580	6
Erpressung	31	1	28	1	29	0	52	2	44	0

H. = Opfer Homosexuell

Obenstehende Zahlen grafisch dargestellt.
Delikte mit homosexuellen Opfern:



Quelle: KRISTA

Zu Frage 3: Schwule, Lesben und Transsexuelle sind Teil der gesamten Gesellschaft. Ein spezieller polizeilicher Schutz für einzelne Gesellschaftsgruppen ist nicht möglich. Der Stadtrat wird aber darauf hin wirken, dass sich die Mitarbeitenden der Verwaltung verstärkt mit dem Thema befassen. Verbesserte Information und vermehrte Sensibilisierung tragen dazu bei, allfällig vorhandene homo- und transphobe Tendenzen abzubauen.

Zu Frage 4: Das frühere Ausbildungsmodul der Stadtpolizei „Homosexualität und antischwule Gewalt„ wurde von den Auszubildenden als unbefriedigend empfunden, da es keine neuen Informationen vermitteln konnte. Es wurde deshalb abgesetzt und wird nun durch ein neues, verbessertes Konzept ersetzt: Im Rahmen der Grundausbildung wird nun hauptsächlich der Aspekt Kommunikation behandelt (beispielsweise diskriminierende Äusserungen, Rollenspiele zur Deeskalation, Einvernahmen und Opferberatung mit Homosexuellen, spezifisches Thema der Sexualität). Bei der Weiterbildung wird das Thema im Rahmen von Fortbildungskursen behandelt. Für spezifische Fragen von Mitarbeitenden zum Thema Schwule und Lesben stehen zudem innerhalb der Stadtpolizei zwei Fachpersonen als Ansprechpartnerin/Ansprechpartner zur Verfügung.

Zu den Fragen 5 und 6: Für die Vorsteherin des Polizeidepartements und das Kommando der Stadtpolizei ist es selbstverständlich, dass keine Personengruppen Ausgrenzungen oder Diskriminierungen erfahren dürfen. Die Aus- und Weiterbildung sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei ist daher stark darauf ausgerichtet, sie zu befähigen, in ihrem Arbeitsalltag mit allen Mitgliedern der Gesellschaft umgehen zu können und sie gleich zu behandeln. Dies gilt unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsschicht, Altersklasse, zu einem Geschlecht, einer sexuellen Ausrichtung, einer Nationalität, Religionszugehörigkeit oder davon, wie gesellschaftlich integriert oder randständig eine betroffene Person lebt. Darauf wird bereits heute grösster Wert gelegt. Gerade weil der Stadtrat und das Kommando einen rücksichtsvollen und korrekten Umgang mit allen Bevölkerungsgruppen seitens der Mitarbeitenden des städtischen Polizeikorps verlangen, lehnt er es ab, spezielle Einheiten für Einsätze im Homosexuellenmilieu zu bilden. Für generelle Fragen hat die Stadtpolizei den Homosexuellen-Organisationen zudem eine Ansprechperson genannt.

Vor dem Stadtrat

der Stadtschreiber

Dr. André Kuy